„Was man mir vorwirft, ist lächerlich“

SPIEGEL-Interview mit Indira Gandhi über ihre politische Zukunft

Während des von ihr 1975 verhängten Ausnahmezustands entzog Indira Gandhi dem SPIEGEL-Korrespondenten S. P. Sinha die Akkreditierung und zwang ihn, ins Nachbarland Nepal auszuweichen. Jetzt gewährte die ehemalige Regierungschefin ihm ein Interview: Indira Gandhi, die Indien elf Jahre lang beherrscht hat und bereits im vergangenen Jahr für 16 Stunden in Haft saß, fürchtet, wegen „krimineller Konspiration“ verurteilt zu werden.

SPIEGEL: Madame, nach der Wahlkatastrophe vom März 1977 und den Enthüllungen über Unterdrükkungsmaßnahmen während des von Ihnen verhängten Ausnahmezustandes schien Ihre politische Karriere ruiniert. In den letzten Monaten haben Sie wieder politisches Terrain gewonnen. Wie haben Sie das gemacht?

INDIRA GANDHI: Ihre ganze Frage ist schon falsch. Ich glaube nämlich nicht, daß ich politisches Terrain verloren hatte. Und was die Enthüllungen betrifft, etwa die der sogenannten Schah-Kommission, so waren das hochgespielte Angriffe.

SPIEGEL: Sind Sie da so sicher?

INDIRA GANDHI: Das muß doch für jeden klar sein, wenn sie nach einem ganzen Jahr noch nichts Handfestes vorzubringen haben. Was sie mir vorgeworfen haben, ist lächerlich, so etwas passiert überall.

SPIEGEL: Was passiert überall?

INDIRA GANDHI: Darf ein Regierungschef nicht jemanden in ein Amt berufen, den er für geeignet hält? Das ist so ziemlich alles, was mir bisher konkret vorgeworfen wird.

SPIEGEL: Aber es besteht doch überhaupt kein Zweifel, daß das Volk über die Ausschreitungen während des Ausnahmezustandes aufgebracht war.

INDIRA GANDHI: Die Öffentlichkeit wurde mitgerissen von einer außerordentlich bösartigen Kampagne, von einer Propaganda, die auch von der ausländischen Presse — nicht zuletzt von Ihrer Zeitschrift — inszeniert wurde. So glaubten viele an Dinge, die es gar nicht gab. Jetzt erkennen sie, daß vieles einfach nicht stimmte. Schon eine Woche nach der Wahlniederlage kamen die Leute wieder zu mir.

SPIEGEL: Leute, die unter den Exzessen des Ausnahmezustandes gelitten haben, kamen wieder zu Ihnen?

INDIRA GANDHI: Sie waren empört, weil sie die Propaganda durchschaut hatten. Nehmen Sie die Sterilisation. Die Propaganda sagte, daß jedermann zwangsweise sterilisiert werde. Und daß nach einer Sterilisation weder Mann noch Frau normal seien. Es gab sogar eine Greuelpropaganda, daß Schüler von uns sterilisiert worden seien — kleine Schüler und Schülerinnen, die nur gegen Diphterie, Tetanus und Keuchhusten geimpft wurden.

Und als es in Patna eine Cholera-Epidemie gab, wollten sich die Leute nicht impfen lassen, weil eine bösartige Flüsterpropaganda behauptete, in Wirklichkeit würden wir die Leute sterilisieren. Jetzt setzt die regierende Dschanata-Partei diese Propaganda fort.

SPIEGEL: Nun denken Sie an ein Comeback. Können Sie als so machterfahrene Politikerin uns sagen, wann Ihre Partei wieder an die Macht kommen wird?

INDIRA GANDHI: Warum nennen Sie mich „machterfahren“? Ich bin einfach aufrichtig und tief von bestimmten Idealen und politischen Werten überzeugt; ich sehe die Situation klarer als jene, die nur oberflächlich damit vertraut sind. Außerdem interessiert die meisten Menschen nur, was sie selbst betrifft. Im übrigen ist die Frage meines sogenannten Comeback für mich keine Frage.

SPIEGEL: Warum nicht?

INDIRA GANDHI: Mit Comeback meinen Sie doch, wann ich wieder Regierungschefin sein würde. Nun, ich weiß überhaupt nicht, ob ich das will. Wenn Sie aber mit Comeback nur meine politischen Aktivitäten meinen, dann kann ich Ihnen nur sagen, ich habe die Politik nie verlassen. Ich könnte sie auch gar nicht verlassen, selbst wenn ich den übermächtigen Wunsch verspürte, ein ruhiges Leben in Abgeschiedenheit zu führen, denn die Sorge um das Volk ist einfach Teil meines Lebens.

SPIEGEL: Zu Beginn dieses Jahres haben Sie eine neue Kongreß-Partei gegründet, den sogenannten „Indira-Kongreß“. Und schon im Februar hat diese Partei bei Wahlen besonders in Süd-Indien hervorragend abgeschnitten. Dennoch geben sich die Führer der Dschanata-Partei überzeugt, daß Sie nicht wieder an die Macht kommen würden.

INDIRA GANDHI: Ach wissen Sie, was von dem, was die Dschanata sagt, ist denn jemals eingetroffen? Die haben doch keine Ahnung.

Indira Gandhi beim SPIEGEL-Interview*: „Ich weiß überhaupt nicht, ob ich will“

* Mit SPIEGEL-Korrespondent S. P. Sinha in ihrem Haus in Neu-Delhi.

Indira Gandhi beim Verlassen des Gerichts 1977: Wieder ins Gefängnis?

SPIEGEL: Gerade jetzt ist ein Machtkampf innerhalb der Dschanata-Partei selbst entbrannt. Sie haben die Partei einmal ein „Kitschri" genannt, ein zusammengewürfeltes Menü . . .

INDIRA GANDHI: . . . in der Tat habe ich sie ein „Kitschri" genannt, doch eine Zeitung, die uns ansonsten nicht sehr freundlich gesinnt ist, kommentierte bissig, die Dschanata könnte kein „Kitschri" sein, denn dieses Gericht schmecke schließlich gut und bestehe aus vernünftigen Zutaten.

SPIEGEL: Wie sehen Sie die bisherigen Leistungen der Dschanata-Partei?

INDIRA GANDHI: Leistungen? Gibt es denn welche? Das Land befindet sich doch auf dem Weg in Anarchie. Die Preise schießen in die Höhe, die Arbeitslosigkeit steigt, die Produktion sinkt, überall entstehen neue lokale politische Gruppierungen — wer kann da von Leistungen sprechen?

SPIEGEL: Zweifellos vegetieren 31 Jahre nach der Unabhängigkeit viele Inder noch immer im Elend. Meinen Sie denn, daß Indien, um endlich vorwärtszukommen, eine Art von Diktatur braucht? Immerhin rühmten Sie selbst während Ihres Ausnahmezustandes Disziplin und Stabilität.

INDIRA GANDHI: Ihre Art zu fragen paßt mir nicht. Das Elend in Indien nimmt nicht zu. Wenn wir uns mit der Zeit vor der Unabhängigkeit vergleichen, haben wir fast Wunder vollbracht. Armut gibt es schließlich selbst im reichen Amerika.

Bei uns sind unter britischer Herrschaft jedes Jahr Millionen Menschen verhungert, jetzt gibt es keine Hungersnöte mehr. Natürlich wuchs auch bei uns der Unterschied zwischen reich und arm — aber das ist keine Spezialität Indiens. Das ist eine globale Erscheinung, schließlich werden auch die reichen Länder immer reicher und die armen immer ärmer. Aber ich glaube, daß in Indien nur die Demokratie Erfolge erreichen kann, weil unsere Menschen große Individualisten sind. Natürlich brauchen wir Disziplin, aber eine freiwillige, keine erzwungene.

SPIEGEL: Warum haben Sie denn dann den Ausnahmezustand verhängt?

INDIRA GANDHI: Das ist eine lange Geschichte. Eine Fülle von Entwicklungen, die damals zusammentrafen und zur Anarchie zu führen drohten, zwang uns dazu.

SPIEGEL: War es nicht letztlich vor allem Ihre Sorge, die Macht zu verlieren, nachdem ein Gericht in Allahabad Sie verurteilt und damit Ihre politische Karriere in Frage gestellt hat?

INDIRA GANDHI: So fragen nur Leute, die immer gegen uns waren. Es gab überhaupt keinen Zweifel, daß der Oberste Gerichtshof dieses Urteil aufheben würde, die Bedeutung dieses Urteils lag überhaupt nur in dem Zeitpunkt, wo es gefällt wurde. Dem Land drohten Anarchie und Terrorismus.

SPIEGEL: Und mit dem Ausnahmezustand wollten Sie das verhindern?

INDIRA GANDHI: Selbstverständlich. Es war ein notwendiger Schock.

SPIEGEL: Nicht nur ein Mittel, um an der Macht zu bleiben?

INDIRA GANDHI: Wenn ich unbedingt an der Macht hätte bleiben wollen, hätte ich doch niemals Wahlen ausgeschrieben oder das Ergebnis der Wahlen akzeptiert.

SPIEGEL: Haben Sie nicht während des Ausnahmezustandes Ihren Sohn Sandschaj als Nachfolger aufgebaut?

INDIRA GANDHI: Weder als Nachfolger noch als sonst etwas.

umgekehrt erhöhten Japans Produzenten ihre Ausfuhrpreise nicht in dem Maße, wie es der Yen-Aufwertung entgesprochen hätte. Der Grund: Erlöseinbußen beim Export fingen sie durch die — aufwertungsbedingt — stark gesunkenen Importpreise für ihre Rohstoffe wieder auf.

Obendrein aber stecken die Japaner in einem Circulus vitiosus: Solange der Yen weiter steigt, nehmen die japanischen Exporte dem Wert nach zu, die Überschüsse in der Handelsbilanz steigen. Das aber verstärkt wieder den Aufwertungsdruck.

Zwar erkannte Tokios Außenwirtschaftsminister Nobuhiko Ushiba: „Es bleibt uns wenig Zeit, uns endlich zu einer mehr konzessionsbereiten Haltung (für die Verringerung der Handelsüberschüsse) durchzuringen." Dennoch fand sich seine Regierung zunächst zu „nicht mehr als ein paar eigenwilligen Zugeständnissen" („Mainichi Shimbun") bereit.

So beschloß die Regierung den Kauf von drei Langstreckenjets für ihre Flugbereitschaft. Außenminister Sunao Sonoda regte an, die Regierung könne zusätzlich Grundstücke mitsamt Häusern im Ausland erwerben, in denen Tokios Konsulate und Botschaften untergebracht seien.

Der liberal-demokratische Parteifunktionär Masumi Esaki schlug vor, wertvolle Kunstgegenstände und wissenschaftliche Bücher für die Universitäten im Ausland anzuschaffen.

Ansonsten gelobten Tokios Wirtschaftsstrategen noch vor dem Bonner Wirtschaftsgipfel, den Handelsüberschuß mit einigen Noteinkäufen in Höhe von insgesamt vier Milliarden Dollar wenigstens vorübergehend besser ins Lot zu zwingen. So sollen einige Passagierflugzeuge eingekauft werden — in den USA und womöglich auch in der EG. Diese Flugzeuge sollen — der Eigenbedarf ist weitgehend gedeckt — an Entwicklungsländer verliehen werden. Zudem will Tokio auf Vorrat Rohstoffe kaufen, zum Beispiel Erdöl, aber auch Uran.

Das freilich nützt den Fabrikanten in USA und Europa kaum bei dem Versuch, ihre Produkte in Japan abzusetzen. Ohnehin machen Halbfertig- und Fertigwaren nur ein Fünftel aller japanischen Importe aus, in den europäischen Industriestaaten liegt dieser Anteil bei rund drei Fünfteln. Wirtschaftsplaner Isamu Miyazaki: „Das stimmt. Aber der Witz ist doch, daß wir jetzt und sofort etwas tun müssen."

Noch einfacher sieht das der Wirtschaftswissenschaftler Tsuneo Iida von der Universität Nagoya. Der Gelehrte: „Die Japaner und die Deutschen sind wahrscheinlich die einzigen, die die rechte Arbeitsmoral noch nicht verlernt haben. Unausgeglichene Handelsbilanzen werden künftig zwischen faulen und fleißigen Völkern doch einfach nicht mehr zu vermeiden sein." ◆